

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Ewald Walterskirchen

Österreichische Wirtschaft wächst mittelfristig kräftig

Mittelfristige Prognose für die Jahre 2007 bis 2011

Das Bruttoinlandsprodukt wird in Österreich von 2007 bis 2011 real um durchschnittlich 2,5% pro Jahr zunehmen. Das Wachstum fällt damit deutlich höher aus als in den letzten sechs Jahren, in denen die Entwicklung durch die Schwäche der europäischen Konjunktur und der heimischen Binnennachfrage gebremst wurde. In den kommenden Jahren ist im Euro-Raum mit einer Beschleunigung des mittelfristigen Wachstumstempos zu rechnen, die in Österreich noch etwas übertroffen wird.

Begutachtung: Karl Aiginger, Markus Marterbauer • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Josef.Baumgartner@wifo.ac.at, Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft wird bis 2011 mit +2,5% pro Jahr deutlich kräftiger expandieren als bisher erwartet wurde (+2,1%). Die reale BIP-Steigerung fällt auch wesentlich höher aus als in der Periode 2000 bis 2006 (+1,7%), einer ausgeprägten Schwächephase der europäischen Wirtschaft. Die Prognose für die Jahre 2007 und 2008 entspricht der WIFO-Prognose vom Dezember 2006, für die folgenden Jahre wurden mittelfristige Trends geschätzt.

Die sich abzeichnende Erholung der deutschen Wirtschaft wird auf den gesamten Euro-Raum ausstrahlen, und die Expansionschancen in den neuen EU-Ländern und Beitrittsländern werden das Wachstum zusätzlich beflügeln. Aufgrund ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit werden die heimischen Exportunternehmen davon überdurchschnittlich profitieren. Sie sind in Ost-Mitteuropa und Südosteuropa besonders gut positioniert und profitieren im Euro-Raum von der anhaltend günstigen Entwicklung der Lohnstückkosten in der Sachgüterproduktion.

Der Konjunkturaufschwung erfasst auch die Investitionen der Unternehmen. Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen seit dem Jahr 2000 nahezu stagnierten, werden sie mittelfristig um 4% pro Jahr ausgeweitet werden. Auch der Wohnbau, der in der Periode 2000/2006 dämpfend wirkte, erholt sich. Die hohe Immigration und die zunehmende Knappheit an Wohnungen werden diese Entwicklung akzentuieren. Das Wachstum des privaten Konsums wird sich nur wenig beschleunigen, angesichts hoher Energiepreise bleibt vor allem der Pkw-Absatz schwach. Die Nettoeinkommen dürften pro Kopf weiterhin mäßig steigen, die Ausweitung der Beschäftigung wird insgesamt jedoch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stärken. Es wird unterstellt, dass die Sparquote der privaten Haushalte, die infolge der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt sowie der Pensionsreform merklich gestiegen ist, in den nächsten Jahren allmählich zurückgeht.

Die Wachstumsdynamik wird eine deutliche Ausweitung der Beschäftigung bewirken. Da aber auch das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot kräftig wächst, dürfte die Arbeitslosenquote nur wenig zurückgehen. Die Zahl der Beschäftigten wird um fast 1% p. a. zunehmen, am stärksten im Teilzeitbereich. Die Arbeitslosenquote wird zwar im Jahr 2007 sinken, sich danach jedoch bis zum Ende des Prognosezeitraums nur noch geringfügig auf 6,2% (laut AMS-Statistik) im Jahr 2011 verringern. Zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Änderung der Bezugsdauer von Kindergeld, die im Regierungsprogramm angekündigt wurden, sind in diesen Schätzungen nicht enthalten.

Die relativ hohe Arbeitslosigkeit dämpft weiterhin den Lohn- und Preisauftrieb. Im Laufe des Prognosezeitraums werden die Pro-Kopf-Einkommen nominell und real allmählich rascher steigen, die höheren Produktivitätssteigerungen weiten den Reallohnspielraum aus. Für den Rohölpreis wird im Durchschnitt der Prognoseperiode ein Wert von knapp 63 \$ je Barrel unterstellt. Unter diesen Annahmen wird sich der Preisauftrieb bis 2011 nur geringfügig beschleunigen. Die Inflationsrate wird im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 bei 1¾% liegen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 1995/ 2000	Ø 2000/ 2006	Ø 2006/ 2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,9	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6
Nominell	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8
Verbraucherpreise	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf ¹⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1
	Ø 1996/ 2000	Ø 2001/ 2006	Ø 2007/ 2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,2	4,5	4,5	4,8	4,6	4,5	4,5	4,4	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,8	6,8	6,4	6,8	6,5	6,4	6,4	6,3	6,2
	In % des BIP								
Außenbeitrag	0,8	4,2	4,9	5,2	5,1	5,0	4,8	4,7	4,7
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht- Definition	- 2,3	- 1,0	- 1,1	- 1,2	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 0,9	- 0,5
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,2	8,5	8,8	9,3	9,3	8,9	8,7	8,6	8,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Personen in Schulung. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Nach dem Abklingen der Effekte der jüngsten Steuerreform wird das Defizit der öffentlichen Haushalte kontinuierlich geringer werden. Die mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte lässt sich jedoch nicht exakt abschätzen, da keine Budgetvoranschläge vorliegen und das österreichische Stabilitätsprogramm nur bis zum Jahr 2008 reicht. Unter eher restriktiven Annahmen bezüglich der Staatsausgaben und angesichts eines Anstiegs der Staatseinnahmen, der weitgehend vom Wirtschaftswachstum bestimmt ist, ist ein Rückgang des Defizits der öffentlichen Haushalte auf ½% des BIP im Jahr 2011 zu erwarten. Die einzelnen Maßnahmen des Regierungsprogramms wurden in der mittelfristigen WIFO-Prognose nicht berücksichtigt, da noch zu wenige Informationen vorliegen, um sie quantifizieren zu können. Allerdings wurde unterstellt, dass im Prognosezeitraum wirtschaftspolitische Maßnahmen – nicht zuletzt angeregt durch das WIFO-Weißbuch (Aiginger – Tichy – Walterskirchen, 2006) – gesetzt werden, um die mittel- und langfristigen Wachstumsaussichten zu verbessern.

Wuchs das reale BIP in Österreich in den Jahren 2000 bis 2006 nur geringfügig rascher als im Durchschnitt des Euro-Raums (+0,1 Prozentpunkte), so dürfte der Vorsprung in den Jahren 2007 bis 2011 auf 0,2 Prozentpunkte zunehmen. Dafür sprechen mehrere Faktoren:

- Die schwache Performance in Deutschland zog die österreichische Wirtschaft im letzten Jahrzehnt in Mitleidenschaft. Die verbesserten Wachstumsaussichten Deutschlands sollten sich nun auf die österreichische Wirtschaft – auch auf den Tourismus – günstig auswirken.
- Die österreichischen Unternehmen sind in den rasch wachsenden Volkswirtschaften in Ost-Mitteleuropa sowie in den EU-Beitrittsländern Südosteuropas besonders gut positioniert.

- Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft hat sich, gemessen an den Lohnstückkosten, im letzten Jahrzehnt stark verbessert. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen und die Exportwirtschaft stärken.
- Die Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsquote in Österreich sollte sich mittelfristig positiv auf die Wirtschaft auswirken.
- In den öffentlichen Haushalten der großen europäischen Länder besteht hoher Konsolidierungsbedarf. Die Budgetpolitik wird deshalb in Deutschland, Italien und Frankreich restriktiver wirken als in Österreich.
- Das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren weiter kräftig steigen. Das unterstützt die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung hauptsächlich in Branchen mit Arbeitskräftknappheit, dämpft aber gleichzeitig die Chancen auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit von Personen ohne hohe Qualifikation.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft für die Jahre 2007 bis 2011 baut auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Dezember 2006 für die Jahre 2006 bis 2008 auf (Scheiblecker, 2006). Die Berechnungen wurden mit dem WIFO-Makromodell erstellt (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005) und basieren auf den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Schulmeister (2007, in diesem Heft). An dieser Stelle sollen die für die Österreich-Prognose wichtigsten internationalen Entwicklungen daher nur kurz umrissen werden:

Die außenwirtschaftlichen Impulse werden im Euro-Raum in den nächsten Jahren zunehmend auf die Binnenkonjunktur ausstrahlen. Nachdem die Kapazitätsauslastung der Betriebe infolge des anhaltenden Exportbooms den langfristigen Durchschnittswert Ende 2005 erreicht hatte, zogen die Investitionen kräftig an. In einigen EU-Ländern ist der Auslastungsgrad heute bereits außerordentlich hoch, weil Zukunftsinvestitionen lange vernachlässigt wurden. In den Jahren 2007 bis 2011 werden die Unternehmen deshalb deutlich mehr investieren als in der Periode 2000 bis 2006.

Positive Impulse aus dem Euro-Raum und den neuen EU-Ländern

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1995/2000	Ø 2000/2006	Ø 2006/2011
	Jährliche Veränderung in %		
Bruttoinlandsprodukt, real			
Euro-Raum	+ 2,7	+ 1,6	+ 2,3
23 OECD-Länder ¹⁾	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,6
	Ø 1996/2000	Ø 2001/2006	Ø 2007/2011
	Dollar je ECU bzw. Euro		
Wechselkurs	1,10	1,12	1,38
	Dollar je Barrel		
Erdölpreis: durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif)	19,5	37,9	62,8

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ EU 15 (ohne Österreich), Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, USA.

Deutschland, der wichtigste Handelspartner Österreichs, hat die hohen Kosten der Wiedervereinigung weitgehend bewältigt, in der Bauwirtschaft zeichnet sich eine positive Wende ab. In den kommenden Jahren wird die Dynamik in Deutschland nur mehr geringfügig hinter jener im Euro-Raum zurückbleiben. Nach einer Konjunkturdelle 2007 infolge der Mehrwertsteuererhöhung wird sich das Wachstum in Deutschland beschleunigen.

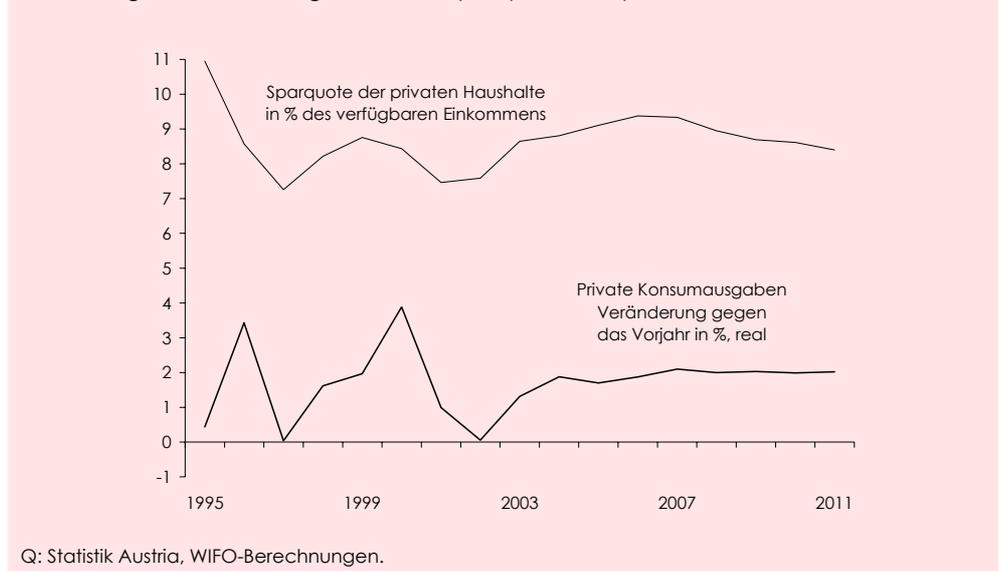
Das größte Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf im Euro-Raum besteht darin, dass der Investitionsboom nur wenig auf den privaten Konsum übergreifen könnte, weil die privaten Haushalte durch Pensions- und Gesundheitsreformen sowie hohe Arbeitslosigkeit in ihren Konsumausgaben weiterhin zurückhaltend bleiben dürften. Weitere Unsicherheiten liegen in der Entwicklung der Rohölpreise und des Euro-Kurses.

Positive Impulse werden von den neuen EU-Ländern Ost-Mitteleuropas ausgehen. Dieser Wirtschaftsraum wächst doppelt so rasch wie der Euro-Raum und weist hohe Importsteigerungen auf. Die EU-Erweiterung hat das Wachstum in den neuen EU-Ländern beschleunigt. Direktinvestitionen sind weniger risikoreich geworden, Mittel aus den EU-Strukturfonds unterstützen den Aufholprozess, und der Konkurrenzdruck forciert den Produktivitätsfortschritt.

Anhebung der Wachstumsprognose für Österreich

Die österreichische Wirtschaft wird von der Erholung der Nachfrage der wichtigsten Handelspartner begünstigt sein. Die realen Exporte steigen in den Jahren 2007 bis 2011 voraussichtlich um 6½% pro Jahr. Die Zunahme der Warenexporte zieht erfahrungsgemäß Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und immaterielle Wirtschaftsgüter nach sich. Diese Investitionsausweitung hat bereits begonnen und wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

Abbildung 1: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Wenn die verstärkte Investitionstätigkeit über eine Erhöhung der Beschäftigung und der Produktivität auch eine Steigerung der verfügbaren Realeinkommen bewirkt, gibt das dem privaten Konsum Impulse. Dieser wird von 2007 bis 2011 um 2% pro Jahr ausgeweitet – deutlich mehr als in der Periode 2000 bis 2006 (+1,3%). Das gilt unter der Voraussetzung, dass sich das Vertrauen der Konsumenten in den nächsten Jahren festigt und in der Folge die Sparquote von ihrem derzeit hohen Niveau (9,3%) bis 2011 um 1 Prozentpunkt zurückgeht.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

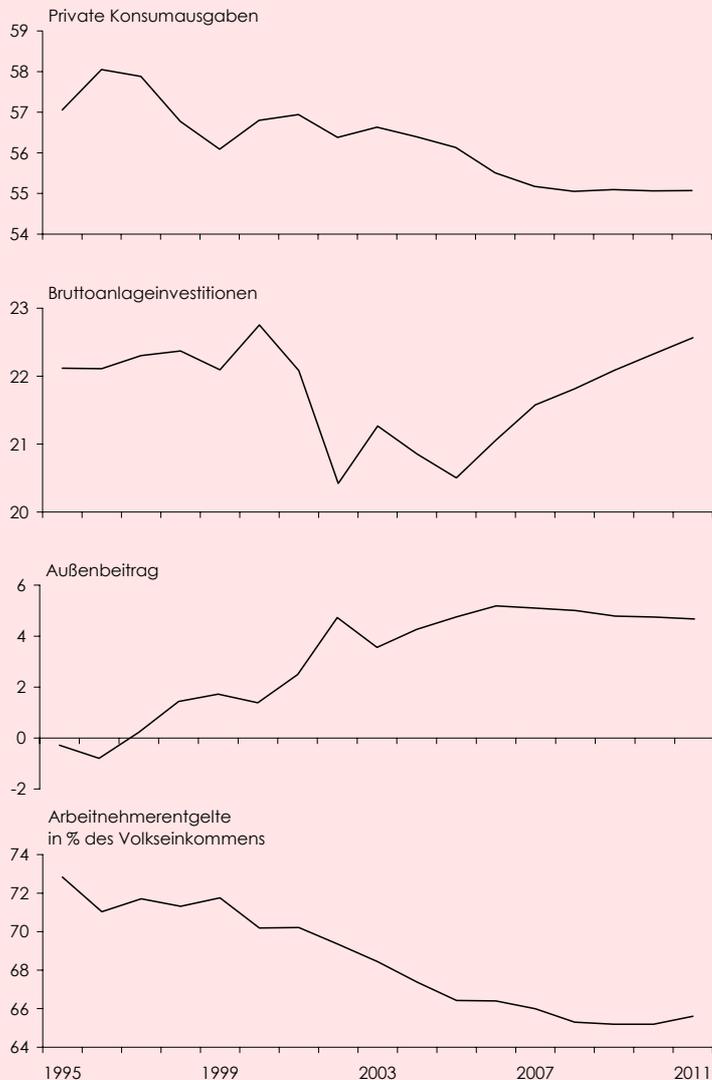
	Ø 1995/ 2000	Ø 2000/ 2006	Ø 2006/ 2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Staat	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,2	+ 0,7	+ 3,4	+ 5,2	+ 4,9	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9
Ausrüstungen ²⁾	+ 7,0	+ 0,9	+ 4,2	+ 5,5	+ 6,5	+ 4,5	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,2
Bauten	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6
Inländische Verwendung	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Exporte	+ 8,2	+ 6,4	+ 6,5	+ 8,8	+ 7,1	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,6
Importe	+ 6,7	+ 5,3	+ 6,5	+ 7,6	+ 7,7	+ 6,6	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,9	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen.

In der Bauwirtschaft nimmt die Nachfrage nach Wohnungen zu, der Tiefpunkt der letzten Jahre wird überwunden; die hohe Nettozuwanderung wird dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Im Tiefbau dürften die Zuwächse – aufgrund der öffentlichen Verschuldung für die hohen Investitionen der letzten Jahre – über den Prognosezeitraum kleiner werden.

Abbildung 2: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die mittelfristige Wachstumsprognose für Österreich wird neben der Entwicklung in Ost-Mitteleuropa entscheidend von den Unsicherheiten des Konjunkturverlaufs im EU-Raum beeinflusst. Das WIFO rechnet mit einem Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber dem Euro-Raum von 0,2 Prozentpunkten¹⁾.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte konnte in den Jahren 2001 bis 2006 deutlich verringert werden, es lag im Durchschnitt bei 1% des BIP (nach 2,3% in den Jahren 1996 bis 2000); gleichzeitig wurde auch die Abgabenquote gesenkt. Im internationalen Vergleich ist die Budgetsituation Österreichs relativ günstig. Andererseits belasten

**Ausgeglichener
Staatshaushalt als Ziel**

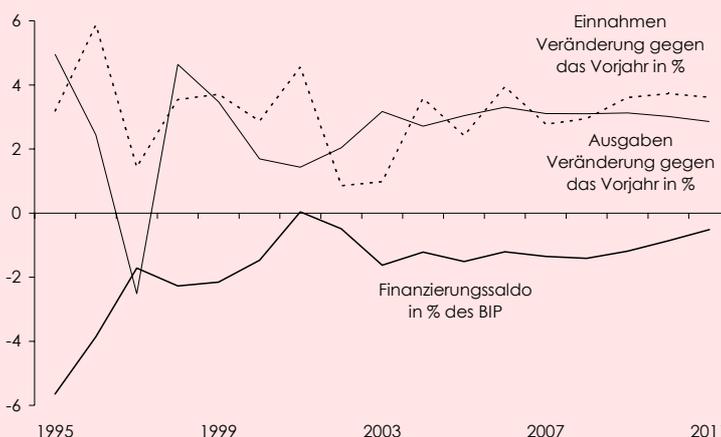
¹⁾ Ein zusätzlicher Risikofaktor für die österreichische Wirtschaftsentwicklung liegt darin, dass möglicherweise auch in den kommenden Jahren Schneemangel den Wintertourismus empfindlich treffen würde (Smeral, 2007).

Der konjunkturbedingte Anstieg der Steuereinnahmen wird bei zurückhaltender Ausgabenpolitik einen Abbau des Defizits der öffentlichen Haushalte auf etwa ½% des BIP im Jahr 2011 ermöglichen. Um das angestrebte Nulldefizit zu erreichen, werden zusätzliche Einsparungen oder ein Hinnausschieben der nächsten Steuerreform notwendig sein.

aber eine Reihe von Problemkreisen die künftige Entwicklung: hohe Schulden von ASFINAG und ÖBB, Eurofighter, Kosten von Leasing-Finanzierungen usw.

Bis zum Jahr 2010 will die Bundesregierung einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen. Gleichzeitig sollen die zukunftsorientierten Ausgaben für Bildung und Forschung erhöht werden. Das Regierungsprogramm folgt hier in den Trends den Wachstumsstrategien des WIFO-Weißbuchs: Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastrukturinvestitionen sollen forciert werden (Aiginger – Tichy – Walterskirchen, 2006). Die Finanzierung dieser Zukunftsinvestitionen muss erst durch eine weitere Verwaltungsreform sichergestellt werden.

Abbildung 3: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Das Regierungsprogramm sieht keine Senkung der Abgabenquote auf 40% bis zum Jahr 2010 vor. Jedoch wird eine Lohn- und Einkommensteuerreform gegen Ende der Legislaturperiode angekündigt. Das im österreichischen Stabilitätsprogramm (Bundesministerium für Finanzen, 2005) formulierte Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts im Jahr 2008 war zu optimistisch: Das Nulldefizit wird trotz der guten Konjunktur voraussichtlich erst später erreicht werden. Seine Verwirklichung bedeutet, neben einer Verringerung des Zinsendienstes für öffentliche Schulden, auch einen größeren Spielraum für antizyklische Maßnahmen in einer Rezessionsphase bzw. für eine weitere Senkung der Abgabenquote. Letztere – insbesondere eine Senkung der Lohnnebenkosten – wird angestrebt, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich zu stärken.

Übersicht 4: Staat

	Ø 1995/ 2000	Ø 2000/ 2006	Ø 2006/ 2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 1,9	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8
	Ø 1996/ 2000	Ø 2001/ 2006	Ø 2007/ 2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,3	- 1,0	- 1,1	- 1,2	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 0,9	- 0,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die künftige Entwicklung der Staatsausgaben kann hier nur sehr grob skizziert werden, da noch keine Budgetvoranschläge für die Jahre 2007 und 2008 vorliegen. Im

Regierungsprogramm sind neue Maßnahmen und damit Mehrausgaben geplant, deren Auswirkungen auf Wirtschaft und öffentliche Haushalte erst nach Konkretisierung und Vorliegen eines genauen Zeitplans geschätzt werden können.

Die Prognose des WIFO geht davon aus, dass die "Verwaltungsreform II" zügig umgesetzt wird, die Ausgaben mäßig erhöht und Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor forciert werden. Im Bereich der Gebietskörperschaften wurden die Defizite im letzten Jahrzehnt auch durch Auslagerungen aus den öffentlichen Haushalten, Leasing-Finanzierung von Investitionen, Verlagerung der Wohnbauförderung von Annuitätzuschüssen zu Darlehen usw. verringert. Längerfristig können diese Verlagerungen (insbesondere die Leasing-Finanzierung) Belastungen zur Folge haben, welche die Erreichung der Budgetziele für Länder und Gemeinden erschweren.

Die Kreditaufnahmen von ASFINAG und ÖBB zur Finanzierung der hohen Investitionen in den Straßen- und Schienenverkehr waren ein wichtiges Instrument, um die Wachstumsschwäche in Österreich in den letzten Jahren in Grenzen zu halten. Sie hatten zwar keine unmittelbare Budgetbelastung zur Folge, werden aber in den kommenden Jahren durch höhere Gebühren (Mauten) bzw. Staatszuschüsse abgedeckt werden müssen.

Die Entwicklung der Einnahmen wird in erster Linie durch die Dynamik des nominalen BIP (bzw. dessen Komponenten) bestimmt. Aufgrund der Zunahme des nominalen privaten Konsums, der Lohn- und Gehaltssumme usw. sind entsprechende Mehrwertsteuer- und Lohnsteuereinnahmen zu erwarten. Für die Prognose wurde (mit Ausnahme der Mineralölsteuer) keine Änderung der Steuersätze unterstellt und auch keine Steuerreform angenommen. Unter diesen Voraussetzungen dürften die laufenden Einnahmen des Staates mit +3,3% p. a. deutlich rascher wachsen als in der Periode 2000 bis 2006.

Nach der vorliegenden Prognose, welche die im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen (mit wenigen Ausnahmen) nicht explizit berücksichtigt, wird das Defizit aller öffentlichen Haushalte bis 2011 auf etwa ½% zurückgehen²⁾. Im Durchschnitt der Periode 2007 bis 2011 wird der Budgetabgang 1,1% des BIP betragen. Er weicht damit von dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts ab.

Österreich ist weiters von der Erfüllung des Kyoto-Ziels einer Senkung der Emissionen von Treibhausgasen weit entfernt. Langfristig würde der Zukauf von Zertifikaten hohe öffentliche Ausgaben erfordern.

In den letzten zehn Jahren war die Arbeitslosigkeit das zentrale wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Problem. Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) betrug im Durchschnitt der Jahre 1996/2006 6,8% und erreichte damit eine für Österreich ungewöhnliche Höhe. Im Zeitraum 2000 (5,8%) bis 2006 (6,8%) stieg sie um 1 Prozentpunkt.

Die Zahl der aktiv Beschäftigten nahm seit dem Jahr 2000 kräftig zu (+108.000), die Ausweitung betraf jedoch – mit Ausnahme des Jahres 2006 – hauptsächlich Teilzeitstellen. In den letzten fünf Jahren wurde Österreich innerhalb der EU von einem "Nachzügler" in Bezug auf Teilzeitbeschäftigung zu einem Land mit überdurchschnittlicher Teilzeitquote. Teilzeitarbeit erleichtert es, familiäre Verpflichtungen oder Ausbildung mit einer Berufsarbeit in Einklang zu bringen. Sie bringt aber auch für Unternehmen eine Reihe von Vorteilen: Bei Überschreiten der vereinbarten Arbeitszeit fallen gewöhnlich keine Überstundenzuschläge und auch keine höheren Sonderzahlungen (13. und 14. Gehalt) an, bei unregelmäßiger Teilzeitbeschäftigung gehen mitunter auch Krankenstände zulasten der Unselbständigen. Im Regierungsprogramm ist eine Änderung der Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte vorgesehen.

Beschäftigung steigt stark, mäßiger Rückgang der Arbeitslosigkeit

²⁾ Während sich die Einnahmementwicklung bei gegebenen Steuersätzen im Wesentlichen aus dem WIFO-Modell endogen ergibt, wurden für die Ausgabenseite exogene Annahmen getroffen, die sich größtenteils am Stabilitätsprogramm orientieren.

Für die nächsten fünf Jahre zeichnet die Arbeitsmarktprognose ein günstiges Bild bezüglich der Beschäftigung. Der erwartete durchschnittliche reale BIP-Zuwachs von 2,5% pro Jahr wird eine Beschäftigungsausweitung um etwa 30.000 bzw. fast 1% pro Jahr bewirken. Die Lissabon-Ziele werden bezüglich der Beschäftigungsquote insgesamt (70%) und für Frauen (60%) erreicht, für ältere Personen (50%) jedoch weit verfehlt werden. Hier lässt die zunehmende Knappheit an Fachkräften eine Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters erwarten.

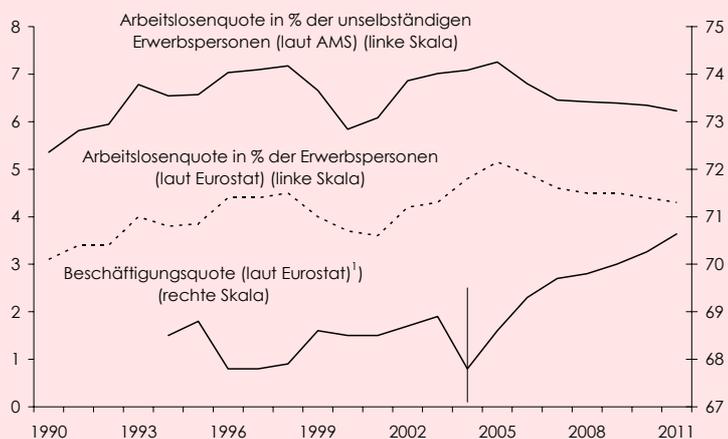
Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1995/ 2000 ¹⁾	Ø 2000/ 2006 ¹⁾	Ø 2006/ 2011 ¹⁾	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Jährliche Veränderung in %								
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1
Arbeitslose	- 2,1	+ 3,5	- 1,0	- 5,3	- 4,2	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 1,0
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,2	4,5	4,5	4,8	4,6	4,5	4,5	4,4	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,8	6,8	6,4	6,8	6,5	6,4	6,4	6,3	6,2
Produktivität ⁵⁾	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme ⁶⁾	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,8	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,2
Pro Kopf ⁷⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	- 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Arbeitslosenquote: Ø 1996/2000, Ø 2001/2006 bzw. Ø 2007/2011. – ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Personen in Schulung. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁵⁾ BIP real je Erwerbstätigen (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁶⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁷⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen: Eine Anhebung der täglichen Normal- und Höchstarbeitszeit um zwei Stunden sowie eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sind in Diskussion.

Abbildung 4: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre); ab 2004 geänderte Erhebungsmethode.

Die Arbeitslosigkeit bietet auch in Zukunft Anlass zur Sorge und erfordert zusätzliche Maßnahmen. Nach der vorliegenden Prognose wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2011 immer noch bei 230.000 liegen. Die Arbeitslosenquote wird nur leicht zurückgehen: von 6,5% im Jahr 2007 auf 6,2% im Jahr 2011. Für den Durchschnitt der Periode 2007 bis 2011 wird mit einer Arbeitslosenquote von 6,4% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat gerechnet. Maßnahmen der neuen Bundesregierung zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind dabei nicht berücksichtigt. Andererseits wird die geplante neue Kindergeldregelung das Arbeitskräfteangebot zusätzlich erhöhen

und den Abbau der Arbeitslosigkeit tendenziell erschweren. Das Regierungsziel einer Arbeitslosenquote von 4% im Jahr 2010 wird ohne zusätzliche Maßnahmen nicht erreichbar sein (WIFO-Prognose für 2010: 4,4%).

Die Arbeitslosigkeit erweist sich vor allem deshalb als so hartnäckig, weil das Arbeitskräfteangebot infolge der Zuwanderung, der Anhebung des Frühpensionsalters und der steigenden Erwerbsquote von Frauen rasch zunimmt und Arbeitslose überwiegend Vollzeitarbeitsplätze suchen. Die hohe Nettozuwanderung durch Familienzusammenführung, Asylsuchende und ausländische Arbeitskräfte wird in den nächsten Jahren anhalten. Zu einem beträchtlichen Teil bilden den Zuwachs an ausländischen Arbeitskräften jene Personen, die schon eine Aufenthaltsbewilligung, aber keine Arbeitserlaubnis in Österreich haben.

Weitere durch die EU-Erweiterung 2004 bedingte Reaktionen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt werden nach dem Ende der Übergangsfristen eintreten, wenn für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern die volle Freizügigkeit gilt. Bisher war der Zustrom offizieller Arbeitskräfte aus diesen Ländern wegen der Übergangsfristen gering. Die Europäische Kommission drängt auf eine Beendigung der Übergangsfristen im Jahr 2009, spätestens 2011 werden sie entfallen.

In den letzten zehn Jahren war die Inflationsrate mit durchschnittlich 1,4% sehr niedrig; sie schwankte in erster Linie mit den Rohöl- und Energiepreisen. Vieles spricht dafür, dass der Preisauftrieb auch in den nächsten Jahren gering bleibt.

Die wichtigsten Determinanten der künftigen Preisentwicklung sind

- Importpreise, insbesondere Energie- und Rohstoffpreise,
- Lohnstückkosten und
- indirekte Steuern sowie Gebühren.

In einer offenen Volkswirtschaft mit ausgeprägter Außenhandelsverflechtung spielen die Importpreise eine wesentliche Rolle für den Preisauftrieb. Der intensive Wettbewerb dürfte sich infolge der Globalisierung und der EU-Erweiterung weiter verschärfen und damit den Anstieg der Verbraucherpreise tendenziell dämpfen. Risiken bestehen vor allem in Bezug auf die Entwicklung der Rohöl- und Rohstoffpreise und die Wechselkursentwicklung.

Die Prognose unterstellt, dass der Rohölpreis im Durchschnitt der nächsten Jahre bei 60 \$ bis 65 \$ je Barrel bleibt. Da die Rohölpreise sehr volatil sind, ist diese Erwartung mit hoher Unsicherheit behaftet. Andererseits wird die Entwicklung der Importpreise weiterhin durch billige Produkte und Vorleistungen aus Asien (insbesondere China) und Osteuropa gedrückt.

Inflationsrate bleibt unter der 2%-Marke

Übersicht 6: Deflatoren

	Ø 1995/ 2000	Ø 2000/ 2006	Ø 2006/ 2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Jährliche Veränderung in %								
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8
Exporte	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7
Importe	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die mittelfristige Prognose birgt unter den gegebenen Annahmen keine größeren Inflationsrisiken. Die Preissteigerungsrate wird im Prognosezeitraum 2007 bis 2011 mit durchschnittlich 1,7% niedrig bleiben. Diese Prognose geht von einer Entspannung auf den Energiemärkten, einer relativ stabilen Wechselkursentwicklung und einer maßvollen Lohnpolitik aus.

Die inländischen Inflationsdeterminanten lassen keinen merklichen Preisauftrieb erwarten. Die Lohnrunden dürften angesichts der relativ hohen Arbeitslosigkeit und der

impliziten Gefahr einer Abwanderung von Betrieben (Outsourcing) mäßig bleiben und keinen besonderen Inflationsdruck auslösen. Auch die Warnung der Europäischen Zentralbank, bei "übermäßigen" Lohnsteigerungen im Euro-Raum die Geldpolitik zu straffen, steht als Warnung im Raum. Das Produktivitätswachstum wird sich aufgrund des Konjunkturaufschwungs und der Zunahme der Kapazitätsauslastung gegenüber der Periode 2000/2006 um durchschnittlich ½ Prozentpunkt p. a. beschleunigen und damit die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, der wichtigsten Determinante des "hausgemachten" Preisauftriebs, drücken. Gegen Ende der Prognoseperiode wird – nach mehreren relativ guten Konjunkturjahren – mit einem etwas stärkeren Anstieg der Lohnstückkosten gerechnet.

Die nominellen gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten erhöhen sich im Prognosezeitraum um nur etwa 1% pro Jahr. Die Reallöhne pro Kopf steigen weiterhin langsamer als die Arbeitsproduktivität. Damit setzt sich der seit Anfang der achtziger Jahre anhaltende rückläufige Trend der Lohnquote fort. Der Rückgang der realen Lohnstückkosten (–0,8% p. a.) wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen weiter verbessern, sofern der Euro, wie in der Prognose unterstellt, nur mäßig an Wert gewinnt. Andererseits bremsen sie den Anstieg der inländischen Nachfrage.

Strong Medium-Term Growth of the Austrian Economy

Medium-Term Forecast for 2007 to 2011 – Summary

Growing at an annual rate of 2.5 percent until 2011, the Austrian economy will significantly outperform earlier growth expectations (+2.1 percent). The real increase of GDP will also be substantially above that of the period from 2000 to 2006 (+1.7 percent), a phase of distinctly sluggish economic performance in Europe. The forecast for 2007 and 2008 corresponds to the WIFO forecast of December 2006, while estimates of medium-term trends were used as a basis for the following years.

The beginning recovery of the German economy will affect the entire euro area; at the same time, the opportunities for growth in the new EU member states and the accession countries will generate additional economic momentum. Given their high level of competitiveness, Austrian exporters will derive an above-average benefit from these developments. They are particularly well-placed to do business in Central and Eastern Europe as well as South-Eastern Europe, and they can take advantage of a consistently favourable development of unit labour costs in goods production.

The cyclical upswing also has an impact on private-sector investment. Having stagnated almost completely since 2000, investment in machinery and capital equipment will increase by 4 percent p.a. on a medium-term basis. Residential construction, which was holding back the pace of economic development in the 2000-2006 period, is recovering. High immigration figures and the increasing shortage of housing will reinforce this trend. Private consumption will rise at a moderate extent (+2 percent). A modest increase of real net per-capita incomes is expected to continue in the coming years, while employment growth in general will lead to higher disposable incomes for private households. The savings ratio of private households, which had gone up significantly due to labour market insecurity and the impact of pension reform, is assumed to decline gradually over the coming years.

The dynamic performance of the economy will result in substantial employment growth. However, given the increase of both domestic and foreign labour supply, the unemployment rate is not expected to fall by any significant extent. The number of persons in employment will grow by almost 1 percent per year, mainly in the area of part-time work. After a drop in the number of unemployed in 2007, the unemployment rate will go down only slightly to 6.2 percent (according to Public Employment Service definition) by the end of the forecasting period in 2011.

The relatively high level of unemployment continues to have a restraining effect on wage and price inflation. In the course of the forecasting period, per-capita incomes will gradually rise more rapidly both in real and nominal terms, with higher productivity increases widening the margin for real wage development. An average oil price close to 63 \$ per barrel is assumed over the forecasting period. Based on these assumptions, price inflation will only pick up slightly until 2011. The average rate of inflation for the period from 2007 to 2011 will be 1.75 percent.

Once the effects of the most recent tax reform have worn off, the public budget deficit will shrink continuously. However, given the fact that draft budgets for 2007 and 2008 are not available yet and the Austrian stability programme only covers the period up to 2008, an estimate of the medium-term development of public expenditures includes high uncertainty. Assuming a rather restrictive government spending policy and a rise in government revenues, the latter largely as a result of economic growth, the public budget deficit is expected to drop to 0.5 percent of GDP by 2011. Most of the individual measures announced in the government programme last January have not been taken into consideration in WIFO's medium-term forecast, as the available information is not sufficient to quantify their impact.

While the rate of real GDP growth between 2000 and 2006 was only slightly above the average of the euro area (+0.1 percentage point), the difference is expected to increase to 0.2 percentage point in the period from 2007 to 2011.

Erfahrungsgemäß werden Erhöhungen von Gebühren und indirekten Steuern immer wieder eingesetzt, um das Budgetdefizit zu verringern oder Einkommensteuersenkungen gegenzufinanzieren. Nach den Intentionen der neuen Bundesregierung ist mit einer Lohn- und Einkommensteuersenkung nicht vor 2010 zu rechnen. Ob zur Erreichung des angestrebten Nulldefizits indirekte Steuern (Mineralölsteuer, Alkohol- und Tabaksteuer), Gebühren (Autobahnvignette, Maut usw.) und Abgaben auf Gemeindeebene angehoben werden, hängt von künftigen politischen Entscheidungen ab, die kaum vorherzusagen sind. Eine Anhebung von Gebühren im Verkehrsbereich und eventuell auch von indirekten Steuern zur Bedeckung der ASFINAG-Schulden ist wahrscheinlich.

- Aiginger, K., "A Three Tier Strategy for Successful European Countries in the Nineties", *International Review of Applied Economics*, 2004, 12(2), S. 187-206.
- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Zusammenfassung, WIFO, 2007, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=27639.
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria*, Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Breuss, F., "Die Zukunft der Lissabon-Strategie", WIFO Working Paper, 2005, (244), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25436.
- Breuss, F., "Östöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung. Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich", WIFO Working Papers, 2006, (270), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=26294.
- Bundesministerium für Finanzen, Österreichisches Stabilitätsprogramm, Wien, 2005.
- Scheiblecker, M., Prognose für 2006 bis 2008: Konjunkturdynamik bleibt hoch – Wachstum verlangsamt sich erst 2008, WIFO, Wien, 2006, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=27880.
- Schulmeister, St., "Weltwirtschaftswachstum beschleunigt sich, Leistungsbilanzungleichgewichte bleiben hoch. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2011", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(2), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=28260.
- Smeral, E., *Tourismusstrategische Ausrichtung 2015: Weichenstellung im österreichischen Tourismus für mehr Wachstum und Beschäftigung*, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2007.

Literaturhinweise